

So viel Geld bekommen die Bauern

Im Jahr 2021 haben die Aargauer Landwirte rund 137 Millionen Franken Direktzahlungen erhalten. Das sei zu wenig, findet der Präsident des Bauernverbands Aargau.

Livia Häberling

Als Christoph Hagenbuch nach einer Viertelstunde Telefongespräch gefragt wird, ob er den präsentierten Zahlen noch etwas beizufügen habe, sagt er: «Ich bin erstaunt, dass überhaupt jemand Zeit hat, um eine solche Grafik gemeindespezifisch aufzubereiten.»

Die besagte Grafik beruht auf Daten, welche die AZ vom Bundesamt für Landwirtschaft (BLW), gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz, erhalten hat. Sie zeigt, wie viel Geld im vergangenen Jahr an die Aargauer Landwirtinnen und Landwirte geflossen ist und wie es sich auf die Gemeinden verteilt.

Auch wenn Hagenbuch zuvor gesagt hatte, als unstritten erlebe er Direktzahlungen keineswegs, schliesslich würden diese Gelder «nicht einfach so, sondern für eine bestimmte Leistung gesprochen»: Ein Reizthema sind sie alleweil. Mit 2,8 Milliarden Franken unterstützt der Bund die Schweizer Landwirtschaft jedes Jahr – den einen erscheint diese Summe unanständig hoch, den anderen unanständig tief.

Höhere Beiträge für Grossbetriebe und Bergregionen

Der Bezug von Direktzahlungen ist freiwillig. Um Gelder zu erhalten, müssen die Betriebe allerdings bestimmte Anforderungen erfüllen. Dazu zählt ein ökologischer Leistungsnachweis mit Vorgaben zu Biodiversität, Pflanzenschutz, Düngung oder Tierhaltung. Das System, um diese Zahlungen zu berechnen, wurde letztmals im Rahmen der Agrarpolitik 2014–2017 (AP 14–17) überarbeitet. Seit dem 1. Januar 2014 besteht es aus sieben Beitragsarten, wobei nicht jeder Betrieb Geld aus jeder Kategorie erhält.

Ziel war es damals, die Betriebe wettbewerbsfähiger zu machen und mit den Direktzahlungen vermehrt Leistungen zu entschädigen, die nicht vom Markt abgeboten werden. So etwa wurden mehr Anreize geschaffen, um steile Hänge in den Bergregionen zu bewirtschaften, Flächen mit mehr Biodiversität zu pflegen – zum Beispiel Wiesen mit vielen Blumen- und Gräserarten – oder nachhaltige Arbeitstechniken einzusetzen: Also etwa auf Pestizide zu verzichten oder die Gülle mit Schleppllauch auf den Acker zu bringen, sodass weniger Ammoniak in die Luft gelangt.

Hingegen wurden die Tierbeiträge abgeschafft, und die Berechnung des Basisbetrags, den die Betriebe pro bewirtschaftete Hektare erhielten, wurde geändert. Flächenmässig grosse Betriebe erhalten seither tendenziell mehr Direktzahlungen. Zu den finanziellen Gewinnern gehören auch Betriebe in den Bergregionen, während Landwirte im Talgebiet weniger Geld erhalten.

Im Kanton Aargau präsentiert sich die Situation heute so: Von rund 3000

Landwirtschaftsbetrieben haben im vergangenen Jahr 2402 Betriebe Direktzahlungen bezogen. Insgesamt wurden rund 137 Millionen Franken ausbezahlt. Am meisten Geld floss nach Sins: Rund 3,6 Millionen Franken, was auch damit zu tun hat, dass die Anzahl an Betrieben (74) und damit die bewirtschaftete Fläche in Sins so hoch ist wie nirgends im Aargau. Auch andere Gemeinden im Bezirk Muri sind vorne dabei, so etwa Beinwil, Merenschwand oder Boswil mit je rund zwei Millionen.

Eine erhöhte Dichte an grösseren Summen findet sich ausserdem im Bezirk Laufenburg. Dort stehen vor allem die Gemeinden Böztal (3 Millionen), Mettauertal (2,5 Millionen) oder Kaisten (1,8 Millionen) heraus. Weitere Spitzenreiter sind die Gemeinden Zurzach (2,6 Millionen), Densbüren (2,1 Millionen) oder Möhlin (2 Millionen).

Legt man den Blick auf den Frankenbetrag, den die Landwirte pro bewirtschaftete Hektare erhalten, präsentiert sich ein anderes Bild: Hier hat das Fricktal die Nase vorn. In Oberhof erhalten die 21 Betriebe durchschnittlich 3388 Franken pro Hektare – kantonaler Rekord. In Densbüren sind es 3348 Franken oder in Zeihen 3303 Franken. Die Gründe dürften einerseits in der Topografie liegen, vermutet Christoph Hagenbuch: «Im Fricktal gibt es überdurchschnittlich viele Hanglagen. Für die Bewirtschaftung dieser Flächen erhalten die Landwirte zum Grundbetrag, den sie pro Hektare erhalten, einen Zuschlag.» Hinzu komme, dass es im Fricktal überdurchschnittlich viele Biodiversitätsförderflächen – also etwa Wiesen mit grosser Artenvielfalt – und mehr Produktion nach Biostandard gebe. Für beides gibt es Extrazuschüsse.

Die Zahl der Betriebe nimmt ab, die Gesamtsumme steigt an

Zwischen 2017 und 2021 ist die Anzahl der Betriebe, die im Aargau Direktzahlungen erhielten, von 2549 auf 2402 gesunken. Die ausbezahlte Gesamtsumme stieg hingegen um 1,3 Millionen an. Das dürfte mit dem Strukturwandel zusammenhängen; Kleinbetriebe verschwinden, andere Bauern übernehmen die Fläche und erhalten dafür Direktzahlungen. Anders gesagt: Es gibt in der Schweiz immer weniger Betriebe, diese wachsen dafür flächenmässig und erhalten mehr Geld. Diese Aussage will Christoph Hagenbuch so nicht stehen lassen. Es stimme zwar, dass die Anzahl der Betriebe abnehme und den verbleibenden tendenziell mehr Geld zuflüsse, das ist für ihn aber nur fair: «Grössere Betriebe haben mehr Tiere, mehr Fläche und beschäftigen mehr Angestellte; sie leisten also auch mehr.»

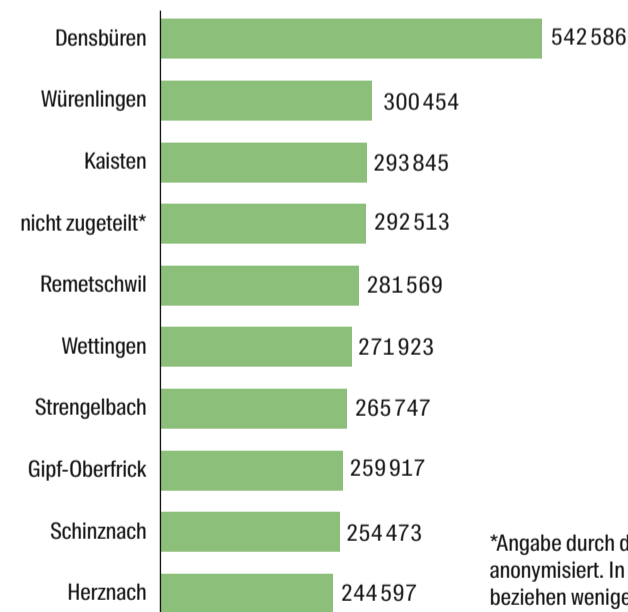
Hagenbuch geht noch weiter: «Ich stelle fest, dass die Aargauer Landwirte noch nie so viel Leistung erbracht haben



Ein Traktor bringt auf einem Salatfeld im Aargau Pflanzenschutzmittel aus.

Die zehn höchsten Direktzahlungsbeiträge im Kanton Aargau

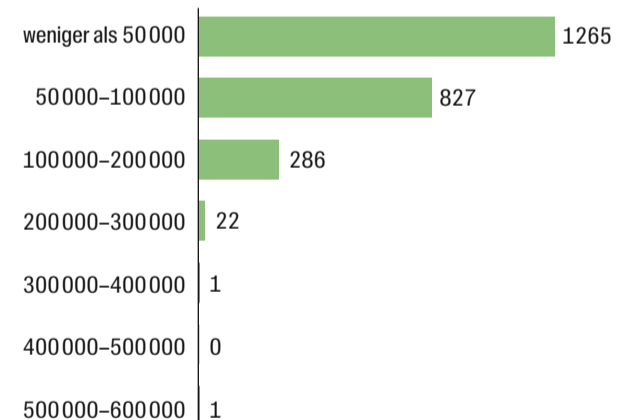
Lesebeispiel: Im Jahr 2021 erhielt ein Betrieb in Densbüren 542 586 Franken Direktzahlungen, so viel wie kein anderer Hof im Aargau.



*Angabe durch das Bundesamt für Landwirtschaft anonymisiert. In der entsprechenden Gemeinde beziehen weniger als sieben Betriebe Direktzahlungen.

Die Mehrheit der Betriebe im Kanton Aargau erhält weniger als 50 000 Franken

Lesebeispiel: 827 Betriebe bekamen im Jahr 2021 zwischen 50 000 und 100 000 Franken Direktzahlungen.



Quelle: BLW/Grafik: jbr

für so wenig Geld.» Heute würden viel mehr Ressourcen in Biodiversität, nachhaltige Bewirtschaftung oder in die tierfreundliche Haltung investiert als noch vor zehn Jahren, während der Gesamtbetrag an Direktzahlungen im Aargau mit der AP 14–17 (durch den Abfluss von den Tal- in die Bergregionen) deutlich gesunken und seither zu wenig stark angestiegen sei. Für ihn ist deshalb klar: «Der Zahlungsrahmen muss erhöht werden. Wenn man immer mehr leisten muss für weniger Geld, geht die Rechnung irgendwann nicht mehr auf.»

Die Höhe der Direktzahlungen variiert stark. 1265 Betriebe – etwas mehr als die Hälfte – haben 2021 einen Beitrag zwischen 0 und 50 000 Franken erhalten. Weiteren 827 flossen 50 000 bis 100 000 Franken zu, 286 Betriebe brachten es auf 100 000 bis 200 000 Franken, und weitere 22 erhielten gar zwischen 200 000 und 300 000 Fran-

ken. Das ist mehr, als wohl bei den meisten auf dem Lohnausweis steht. Sind solche Summen für die Steuerzahlerin noch nachvollziehbar? Hagenbuch findet: «Die UBS haben wir damals auch mit Milliarden gerettet.» Ausserdem seien Direktzahlungen kein Gewinn, sondern Teil des Umsatzes für erbrachte Leistungen, mit dem auch ein Teil der Betriebs- und Mehrkosten gedeckt werden müsste. Im Aargau bringen es die beiden «Spitzenverdiener» auf 300 454 und 542 586 Franken. Hinter letzterem vermutet Hagenbuch keinen Einzelbetrieb, sondern eine Betriebsgemeinschaft. Einen gesetzlichen Höchstbetrag, wie ihn der Bundesrat mit der Agrarpolitik ab 2022 vorgeschlagen hätte, hält er für falsch. «Wer mehr Arbeit hat, soll auch mehr Geld dafür erhalten. Darüber sollte keine Neiddiskussion entstehen.»

Datenanalyse: Mark Walther



Christoph Hagenbuch, Präsident des Bauernverbands Aargau.

Bild: Henry Muchenberger



Bild: Christian Beutler/Keystone

So setzen sich die Direktzahlungen an Schweizer Landwirte zusammen

— **Kulturlandschaft** Das Geld soll sicherstellen, dass land- und alpwirtschaftliche Flächen bewirtschaftet werden. Bauern erhalten Beiträge, wenn sie Hang- oder Steillagen pflegen, oder wenn sie in diesen Gebieten Reben anbauen. Allgemein gilt: je steiler die Fläche, desto höher der Zuschuss. Auch Betriebe, die ihre Tiere im Sommer auf eine Alp bringen, werden mit Kulturlandschaftsbeiträgen entschädigt.

— **Versorgungssicherheit** Damit soll die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln sichergestellt werden. Pro bewirtschaftete Hektare und Jahr wird ein Basisbetrag von 900 Franken ausbezahlt. Unter gewissen Bedingungen liegt der Betrag tiefer, ab 60 Hektaren wird er gekürzt. Offene Ackerflächen oder Dauerkulturen wie Reben oder Obst werden mit Zusatzbeiträgen gefördert, ebenso die Bewirtschaftung von Berg- oder Hügellagen.

— **Biodiversität** Das Geld soll Artenvielfalt und Lebensräume fördern. Entschädigt werden die angepasste Nutzung und die Pflege der Biodiversitätsflächen. Umso höher der Nutzen für die Artenvielfalt – beispielsweise durch besonders viele Blumenarten –, desto höher der Beitrag. Weitere Zuschüsse erhält, wer seine Biodiversitätsförderflächen an besonders wertvollen Stellen, entlang von Wäldern, Bächen oder Hecken anlegt. Auch für Bäume gibt es Zuschüsse.

— **Landschaftsqualität** Landschaftsqualitätsbeiträge werden projektbezogen ausbezahlt. Die Regionen sind frei, welche Massnahmen und Ziele sie in ihr Projekt aufnehmen. In manchen Kantonen kam es dabei zu kurios an-

mutenden Subventionen. In Appenzell Innerrhoden erhielten Landwirte Geld, wenn sie Kuhfladen aufstapelten, traditionelle Zäune um die Almhütten aufstellten oder zwei verschiedene Tierarten auf einer Weide hielten.

— **Produktionssystem** Damit werden bestimmte Formen der Produktion unterstützt, zum Beispiel die Bioproduktion. Beiträge gibt es auch für Landwirte, die ihre Tiere bei der Milch- und Fleischproduktion mit Heu, Gras oder Grassilage statt mit Kraftfutter füttern. Zudem gibt es seit den 90er-Jahren zwei freiwillige Tierwohlprogramme. Eines fördert den Auslauf ins Freie, das andere beinhaltet Zuschüsse für Ställe mit mehr Bewegungsfreiheit.

— **Ressourceneffizienz** Mit diesen Beiträgen sollen nachhaltige Arbeitstechniken gefördert werden. Wer heute beim Acker-, Obst-, Reb- oder Zuckerrübenanbau teilweise oder komplett auf Pestizide verzichtet, erhält einen Beitrag. Finanziell unterstützt werden bis heute auch emissionsmindernde Ausbringverfahren. Wer seine Gülle mit einem Schleppschlauch ausbringt, verteilt sie näher am Boden und setzt laut BLW weniger Ammoniak frei.

— **Übergangsbeitrag** Mit dem Wechsel zur Agrarpolitik 2014–2017 wurde das Direktzahlungssystem in sieben Beitragsarten gegliedert. Ein Teil der fixen Beiträge fiel weg. Der Übergangsbeitrag sollte diesen Wechsel abfedern. Die Kantone berechneten für jeden Betrieb einen Basisbetrag, der seither jährlich ausbezahlt wird. Geplant war diese Unterstützung über einen Zeitraum von acht Jahren, wobei der Betrag mit jedem Jahr kleiner wird. (lhä)

Alt-SP-Ständerätin Bruderer schafft einen Digitalfranken

Das neue Unternehmen von Pascale Bruderer will mit ihrem Stablecoin das Vertrauen in die digitalen Währungen fördern.

Jocelyn Daloz

«Bekannte SP-Frau Pascale Bruderer gründet Krypto-Bude»: In seinem lapidaren Stil gibt Lukas Hässig von «Inside Paradeplatz» diesen Mittwoch bekannt, dass die aargauische Alt-National- und Ständerätin Pascale Bruderer in der stürmischen Welt der Krypto-Währungen einsteigen will.

Tatsächlich ist seit dem 10. Mai eine Firma namens «Swiss Stablecoin AG» (SSC) im Handelsregister des Kantons Bern registriert. Das Startkapital beträgt eine halbe Million Franken, der Firmensitz liegt bei einem Anwalt in Bern. Dabei ist Pascale Bruderer Wyss das einzige Mitglied des Verwaltungsrates. Das Wirtschaftsportal stellt sich die Frage, ob es angesichts des Bitcoin-Crashes und der volatilen Lage der richtige Zeitpunkt ist, um in Krypto einzusteigen.

Eine digitale Erweiterung des Schweizer Franken

Allerdings betont Pascale Bruderer bei der AZ exklusiv, dass es in keiner Weise um ein spekulatives Experiment aus der Krypto-Ecke geht. Sondern darum, aus der Mitte der Schweizer Wirtschaft heraus einen «Mehrwert für Anwendungen im digitalen Raum zu schaffen, der auf Stabilität und Rechtssicherheit beruht. Dafür brauchen wir keine neue Währung, sondern sollten stattdessen die Funktion des Schweizer Franken erweitern».

Der Name der neuen Firma ist dabei Programm: Stablecoins sind virtuelle Währungen, die mit einem stabilen Wert hinterlegt sind. Dieser Stablecoin würde 1:1 dem Schweizer Franken entsprechen, wäre voll besichert und reguliert. Insofern schafft die Firma dadurch weniger eine neue Währung als eine Erweiterung der digitalen Zahlungsmöglichkeiten.



Alt-Ständerätin Pascale Bruderer will die Finanzwelt verändern.

Bild: Claudio Thoma (17.7.2021)

Stablecoins beruhen auf der gleichen Technologie wie bekannte Krypto-Währungen: der Blockchain. Allerdings werden sie nicht mit viel Energieaufwand «gemint», d.h. dank hochkomplexen Rechenaufgaben «extrahiert», sondern sie berufen sich auf einen stabilen Indikator. Oft sind es bestehende Währungen wie der US-Dollar. Sicher hinterlegte Stablecoins blieben auch während der Kursstürze der vergangenen Wochen stabil, während sogenannte algorithmi-

«Die Schweiz soll es nicht dem Ausland überlassen, den Schweizer Franken zu bedienen.»

Pascale Bruderer
Alt-Ständerätin

sche Stablecoins, von denen Bruderer sich klar distanziert, in Turbulenzen gerieten.

Bruderer betont die Notwendigkeit einer Schweizer Alternative: «Die Schweiz sollte es nicht ausländischen Stablecoin-Anbietern überlassen, sich des Schweizer Franken zu bedienen. Aus Gründen der Souveränität sowie der Innovationskraft unseres Landes will ich mit der SSC dafür den Anstoss geben.» Dabei baut das Unternehmen auf Partnerschaften mit Schweizer Unternehmen aus der Realwirtschaft sowie der Finanzindustrie und auf den Dialog mit der Nationalbank.

Letztere hat in Vergangenheit betont, dass sie selber keinen Stablecoin lancieren will, im Gegensatz zu anderen Zentralbanken: So arbeitet die europäische an einem digitalen Euro, während Schweden schon im vergangenen Jahr die e-Krone lanciert hat. Für den Retail-Bereich (das heisst: für Privatkunden) sieht die SNB die Privatwirtschaft in der Verantwortung.

Gerade hier will Pascale Bruderer anknüpfen. Die ehemalige Nationalratspräsidentin betont, dass die Idee eines digitalen Schweizer Franken nicht neu ist: «Neu sind das Ziel einer breiten Zugänglichkeit sowie der Absender, der auf eine solide Trägerschaft aus der Schweizer Realwirtschaft und auf den Dialog mit Behörden und der SNB setzt.» Dabei sind ihr drei Ideen zentral: Vertrauen, Stabilität und Regulation.

«Gerade dem Element «Vertrauen» wurde in der Vergangenheit punkto digitaler Währungen viel zu wenig Bedeutung geschenkt und man liess die Entwicklung zu lange im unregulierten Bereich.» Sie glaubt an eine Vorreiterrolle der Schweiz. Wie gross ihr Team ist und wann der digitale Schweizer Franken erhältlich sein wird, kann sie noch nicht sagen. Das Unternehmen befindet sich erst im Aufbau.

Konjunkturbarometer der AKB im Abwärtstrend

Wirtschaft Jeden Monat etabliert die Aargauische Kantonalbank (AKB) mit der Standortförderung des Kantons ein Konjunkturbarometer. Dieses misst die Dynamik der Aargauer Wirtschaft. Im Moment verlangsamt sich diese: Das Barometer ist um 3,6% gefallen auf 90,2 Punkte. Somit liegt es gut 10% unter dem langfristigen Wachstumstrend (100 Punkte). Praktisch alle Indikatoren haben im vergangenen Monat an Wert verloren, bis auf den Aussenhandel.

Finanzmärkte verunsichert

Den steilsten Sinkflug erlebten die Finanzmärkte. Mit einem Rezessionsrisiko in den USA von

rund 40% sind Aktienindizes nahe an Jahrestiefstände, was einen Einfluss auf die Aargauer Wirtschaft hat. Diese leidet durch den Druck auf die globale Industrie, die mit der Inflation und den Lieferengpässen kämpft. Trotz allem, bemerken die Autoren der Studie, ist die weltweite Produktion im Juni wieder gewachsen dank der Lockerungen der Covid-Beschränkungen in China. Indes bleibt die Schweizer Wirtschaft robust, versichert die AKB, auch wenn ihr schweizerweiter Indikator, der Swiss Index, um 5,5% gesunken ist. Die Kantonalbank erwartet für das Jahr 2022 eine Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 2,5% und eine Inflation von 3%. (jda)

Stiftung vergibt erste Million

Unterstützung Gut neun Monate nach Gründung der Stiftung «Lebensraum Aargau» der Aargauischen Kantonalbank wurde 95 gemeinnützigen Vorhaben die erste Million zugesprochen. Dies teilt die Stiftung mit. Die Bandbreite der Eingaben reicht von Kultur- über Sozial- und Gesundheitsprojekte bis hin zu Massnahmen im Umweltbereich. 164 Vereine und Organisationen haben sich bisher mit ihren Projekten im Kanton Aargau und in der Region Olten-Gösgen-Gäu beworben. Insgesamt stehen der Stiftung für dieses Jahr 1,7 Millionen Franken zur Verfügung, was einem Prozent des Vorjahresgewinns der AKB entspricht. Die Eingabefrist für das nächste Trimester ist der 10. Oktober. (az)